D-I1 Für ein solidarisches Niedersachsen - Unsere Anforderungen an eine neue Regierung in Niedersachsen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	27.10.2022
Tagesordnungspunkt:	3.1. Dringlichkeitsanträge - inhaltlich

Antragstext

Für ein solidarisches Niedersachsen - Unsere Anforderungen an eine neue Regierung in Niedersachsen

Krisen über Krisen über Krisen. Egal ob Klima, Energie oder soziale Gerechtigkeit. Keine niedersächsische Landesregierung musste so viele Krisen gleichzeitig bewältigen. Keine zukünftige weniger. Die kommende Landesregierung muss gesellschaftliche Missstände endlich bei den Wurzeln anpacken und für einen echten solidarischen Aufbruch in Niedersachsen sorgen.

Mit unserer “Besseres Morgen? Garantiert” - Kampagne haben wir an unzähligen Orten in Niedersachsen für konsequenten Klimaschutz, eine Mobilitätswende, gerechte Bildung und ein gutes, befreites Leben gekämpft. In Innenstädten, Kneipen oder bei Veranstaltungen haben wir jungen Menschen aufgezeigt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in Stein gemeißelt sind und wir sie gemeinsam verändern können. Gleichzeitig haben wir mit unseren Aktionen und Forderungen Debatten in der Partei und der Öffentlichkeit geprägt. Jetzt sind Pippa und Pascal für uns im Landtag und die GRÜNE JUGEND Niedersachsen so präsent wie noch nie. Mit dieser Schlagkraft kämpfen wir nun gemeinsam mit Gewerkschaften, Klimabewegungen und der Zivilgesellschaft dafür, dass die kommende Landesregierung Krisen nachhaltig und solidarisch löst und das Leben der Menschen in Niedersachsen merklich verbessert.

Für ein solidarisches Niedersachsen!

Los geht’s!

Der Wahlabend hat ganz klar gezeigt: Die große Koalition, insbesondere die CDU, wurden abgewählt. Rot-Grün hat diese Wahl eindeutig gewonnen. Die Menschen in Niedersachsen haben sich für mehr Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit ausgesprochen. Bündnis 90/ Die Grünen wurden stärkste Kraft bei Erst- und jungen Wähler*innen, was auch der Erfolg von uns als GRÜNER JUGEND ist.

Das starke Ergebnis der AfD und die niedrige Wahlbeteiligung zeigen unter anderem aber auch, dass sich Menschen vom aktuellen Regierungshandeln alleingelassen fühlen. Eine kommende Regierung muss daraus ableiten, die soziale Frage viel stärker in den Blick zu nehmen und sozialer Ungerechtigkeit endlich den Kampf ansagen.

Diese Veränderungen werden bei einer schwierigen finanziellen Lage und dem Zwang einer Schuldenbremse nicht einfach vom Himmel fallen. Wir müssen gegen Widerstände einer parlamentarischen Opposition aus CDU und AfD mit Verbündeten

in der politischen Linken für echte Veränderung immer wieder den Druck von der Straße organisieren.

Aber ein Grünes Regieren darf kein Selbstzweck sein. Wir unterstützen eine Grüne Regierungsbeteiligung dann, wenn sich sowohl im Leben der Menschen spürbar etwas verbessert als auch die Klimakrise konsequent angegangen wird. Jede neue Regierung werden wir immer wieder aufs Neue daran messen , ob sie die Stillstandspolitik der letzten Jahre beendet und den Weg hin zu einer gerechteren Zukunft einleiten wird. Dafür stellen wir an einen Koalitionsvertrag klare Erwartungen, die in der Regierung umgesetzt werden müssen.

Kein Klimaschutz ohne Gerechtigkeit!

Die nächste Landesregierung muss Niedersachsen auf den 1,5 Grad-Pfad bringen, um das Pariser Klimaabkommen einhalten zu können und unsere Lebensgrundlage zu schützen. Dafür braucht es verpflichtende CO2-Einsparziele für alle Sektoren innerhalb der Legislatur und schnellstmöglich deutlich mehr Flächen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Menschen mit geringem Einkommen müssen beim klimaneutralen Umbau ihrer Wohnung entlastet werden. Die niedersächsischen Erdöl- und Erdgasförderungen brauchen ein verpflichtendes Ende.

Mobilität darf weder zu Lasten der Lebensgrundlagen gehen, noch länger abhängig von Geldbeutel und Wohnort sein. Es braucht ein Hinwirken auf die Stopps der Autobahnen A20, A39, und A33Nord, massive Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie eine Mobilitätsgarantie für Niedersachsen. Auszubildende, Schüler*innen, Freiwilligendienstleistende und Menschen mit geringem Einkommen brauchen Entlastungen für Mobilitätskosten. Dafür braucht es ein 29€-Ticket für diese Personengruppen, erst in Niedersachsen mit Druck hin zu einer bundesweiten Lösung.

Die Transformation der Wirtschaft darf nicht einfach passieren, sondern muss in den betroffenen Regionen aktiv und gerecht gestaltet werden. Niemand darf dabei zurückgelassen werden.

Die Soziale Frage ins Zentrum!

Viel zu häufig ist Bildung in Niedersachsen abhängig von Herkunft, Elternhaus oder dem Willen einzelner Unternehmen. Es braucht daher klare Maßnahmen für eine Abkehr des mehrgliedrigen Schulsystems. Studierende dürfen weder in der Beschäftigung noch beim Wohnen länger im Stich gelassen werden. Es braucht einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte an Hochschulen und mehr Geld für studentischen Wohnraum sowie Studierendenwerke. Die Zukunft junger Menschen muss endlich vom Wohltun einzelner Unternehmen unabhängig sein. Her mit der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie in der kommenden Legislatur.

Das Leben ist für viele schon lange unbezahlbar. Während Menschen aus ihren Vierteln verdrängt werden, wird mit dem potentiellen Zuhause von Menschen spekuliert und die Preise steigen vielerorts unermesslich. Für uns ist klar: Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Es braucht endlich mehr öffentlichen und sozialen Wohnraum. Dafür braucht es eine Landeswohnungsbaugesellschaft. Privatisierung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Eine kommende Landesregierung muss Gesundheitsversorgung, Energieversorgung und Wohnraum wieder verstärkt in öffentliche Hand bringen.

Menschenrechte sind unverhandelbar!

Seit dem brutalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist klar, was möglich ist, wenn der politische Wille da ist. Es ist möglich, Menschen schnell und unkompliziert aufzunehmen und unterzubringen. Wir erwarten im Koalitionsvertrag ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete. Menschen, die hierherkommen, brauchen ein Zuhause mit Perspektive. Das bedeutet unter anderem, allen Menschen einen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zu gewährleisten. 52 Kommunen haben sich in Niedersachsen zum sicheren Hafen erklärt. Wir erwarten vom Koalitionsvertrag, Kommunen zu ermöglichen, mehr Menschen aufzunehmen, wenn Sie sich dazu in der Lage sehen.

Unsere Sicherheitsbehörden sorgen nicht bei allen Menschen gleichermaßen für Sicherheit. Deshalb braucht es dort eine grundlegende Reform hin zu mehr Transparenz und Bürger*innenrechten. Es braucht erkennbare Schritte zu multiprofessionellen Teams in der Polizei, sodass verschiedene Professionen in die Arbeit eingebunden werden sowie eine Ende und eine Bestrafung von Racial Profiling. Betroffene brauchen dafür die Möglichkeit, mittels Ticket-Systems und Landesantidiskriminierungsgesetz Fehlverhalten von Beamt:innen zu beweisen und anzuzeigen.

Nette Bitten reichen nicht!

Die gegenwärtigen Krisen machen die Regierungszeit nicht leichter, aber konsequentes Handeln umso dringlicher. Wir werden einen Koalitionsvertrag danach bewerten, ob dieser die Gegenwart und Zukunft der Menschen in Niedersachsen verbessern kann. Nur dann ergibt eine Grüne Regierungsbeteiligung Sinn.

Für uns ist aber klar: Ein Koalitionsvertrag ist kein Beschluss und ein Beschluss ist keine Umsetzung. Wir werden in den nächsten 5 Jahren die Regierung sehr genau beobachten und wenn nötig in Bündnissen auch unabhängig vom Koalitionsvertrag den Druck für einen echten solidarischen Aufbruch organisieren!

Auf geht's - wir haben keine Zeit zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen!